

# Frankenberger Tageblatt

## Bezirks-Anzeiger



Wird jeden Freitag abends...  
Preis: 1.50 Mk. für den Subskribenten...  
Kontingentspreis: 2.50 Mk. für den Subskribenten...

Wird jeden Freitag abends...  
Preis: 1.50 Mk. für den Subskribenten...  
Kontingentspreis: 2.50 Mk. für den Subskribenten...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa.  
Herausgeber, Druck und Verlag: C. G. Krogberg (Inhaber Ernst Krogberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Diegerl in Frankenberg.

**№ 5** **Freitag den 6. Januar 1922 nachmittags** **81. Jahrgang**

**Die Maul- u. Klauenseuche ist erloschen** in den Gehöften von Irmischer in Niederlichtenau (Nr. 23).  
Die für Niederlichtenau, Auerswalde und Bittersbach getroffenen Sperr- und Beobachtungsmassnahmen haben sich damit erledigt.  
Amtshauptmannschaft Flöha, am 3. Januar 1922.  
Sonnabend den 7. Januar ds. Js. vormittags 9 Uhr soll im Gasthaus „Stadt Dresden“ hier eine Nähmaschine für Schneider...  
gegen Barzahlung versteigert werden.  
Frankenber, den 5. Januar 1922.

**Abholung der Steuerbücher betreffend**  
Sonnabend den 7. Januar 1922 vormittags 8-12 Uhr erfolgt im Sparkassengebäude (1. Treppe) die Verteilung der neuen Steuerbücher an die in folgenden Straßen wohnenden Arbeitnehmer:  
Altenpfeifer Straße, Postgasse 4, Hermanns Straße, Am Damm 1, Fabrik-, Friedhof-, Friedrich- und Hofe Straße.  
Ein Ausweis ist zunächst vorzulegen. Das Steuerbuch ist dem Arbeitgeber sofort auszuhandigen.  
Frankenberg, am 6. Januar 1922  
Der Stadtrat.

### Das Wichtigste vom Tage

Im Laufe des Januar wird in Berlin eine Konferenz der Ministerpräsidenten aller Länder beim Reichspräsident stattfinden. Unabhängig davon werden die Ministerpräsidenten von Württemberg und Baden den Besuch des bayrischen Ministerpräsidenten v. Pechmann in München erwidern. Der Reichsverkehrsminister Groener hat auf den 10. Januar eine Versammlung von Sachverständigen, zu denen auch der frühere preussische Eisenbahndirektor Decker gehört, einberufen. Die Zusammenkunft der Vize zeigt, daß Groener frei von allen bürokratischen Rücksichten kürzester Zeit bemüht ist, zur Beratung des Eisenbahnfinanzjahres diejenigen Männer heranzuziehen, die von dieser Sache etwas verstehen.  
Der Fall Morosini, dessen weibliche Verwandte große Kadmiedienste begangen haben und der selbst im Oktober 1919 bei seiner vorgelegten Behörde beschuldigt worden ist, keine damalige Braut verheiratet zu haben, hat nun nach immer der Aufklärung, falls sich auch nur ein Teil der gegen Morosini erhobenen Beschuldigungen und ihre Nachprüfung durch Mitglieder seiner Behörde bewähren sollte, würde ein Korruptionsverbrechen der schlimmsten Art aufgedeckt sein; die zuständigen Stellen täten besser, sich nicht wie bisher mit lendenlähmenden Berichtigungen zu begnügen.  
Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Unschickliches Vorgehen ergreift es, daß der neutrale Vorsitzende der Kommission, der Schweizer Calander, in demselben Orte und in demselben Hotel Wohnung genommen hat, in dem auch die polnische Delegation wohnt.  
Oesterreich hat an Ungarn Ersparnisse wegen der verspäteten Uebergabe des Sudetenlandes gefordert. Die durch die Verschleppung verursachten militärischen Kosten belaufen sich auf mindestens 6%, während die Ungarn erhaut haben, steigt sich dort für 240 Fälle von Uebertragungen und für 7 Fälle von Erziehung von Privatpersonen beansprucht werden muß.  
Nach Frankreich hat sich nun auch Japan den Einschränkungen des U-Boot-Handelskrieges, die auf der Washingtoner Konferenz verlangt wurden, angeschlossen. Bekanntlich hatte sich letzter England den verschiedenen Deklarationen über Kontinente unterworfen — bis es in dem Weltkrieg die einen freien Papier behandelte.

### Die ersten Treffen in Cannes

**Neue Garantien von Deutschland verlangt — Forderung nach Aenderung des deutschen Reichsbankstatuts**  
Zum Beginn der Konferenz in Cannes  
Paris, 6. 1. Die Pariser Presse berichtet zum Beginn der Konferenz in Cannes, daß Franzosen und Belgier den sogenannten englischen Vorschlägen ablehnend gegenüberstehen, und glauben, daß die Vorschläge Aenderungen erfordern werden. Die neuen Garantien, die von Deutschland verlangt werden sollen, sehen dahin:  
1. gründliche Aenderung des Reichsbankstatuts nach dem Muster der Verfassung der Bank von Frankreich und der Bank von England; Ergänzung des Aufsichtsrates durch einen Vertreter, der von der Reparationskommission bezeichnet wird, aber der Genehmigung der deutschen Regierung bedarf;  
2. Verpflichtung Deutschlands zur Ordnung seines Budgets durch innere Anleihe;  
3. Aufheben jeder Interferenzpolitik, aller Subventionen und sonstiger ähnlicher Aufgaben.  
Es kommt alles darauf an, ob Belgien Zugewinne macht oder England Opfer bringen will. Dem Wiesbadener Abkommen will England angeblich unter gewissen Voraussetzungen zustimmen.  
Angebliche Einigung über Valutareform  
Cannes, 6. 1. Die Stadt ist aus Anlaß der Konferenz des Obersten Rates besaggt und bietet einen herrlichen Anblick. Am Mittwoch nachmittag 5.15 blühte Waizen, 2419356 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten, 2849260 Jünder für Handgranaten, 62735477 Stück Handwaffenmunition, 420842 Karabinen aller Art, 839983 Sprengladungen Sprengpatronen, 18283 Wagen aller Art, 1332 Feldlöcher, außerdem große Mengen an sonstigen Kriegsgerät, optisches Gerät, Nachrichtenengerät, Brückengerät und Pontons Gey-Schiffgerät, Werkzeuge aller Art, Feld- und Föderbahngerät, Wagenzugteile, Textilien, Feldkuchengerät, 102120 Feldbadfässer, 414 Kraftwagen, 35 Kraftwagenanhänger, 18 Motorräder, 239 Fahrräder, 12232 Armeselbstfahrende, 2321 Seilenmaschinen, 500000 Magazinpatronen.  
Bis zur Revolution war die Arbeiterklasse bei der Befehlung von Beamtenstellen ausgeschlossen worden. Die Beamtenlaufbahn muß jedoch allen geöffnet werden, insbesondere der Arbeiterklasse als zuverlässigste Stütze der demokratischen Verfassung. Leider ist es nur im bescheidenen Umfange möglich gewesen, dieses Ziel zu erreichen, und dieses wenige hat auch noch den Widerstand eines Teiles der Beamtenschaft hervorgerufen. Durch Neubesezung der Leitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern soll die länfliche Personalpolitik freigegeben werden von Familienanwartschaften und es soll dem Fähigen der Aufstieg ermöglicht werden.  
Die soziale Lage der Beamten und Ausführender zu verbessern, war das erste Streben des Ministeriums des Innern. Auf das Reich ist mit Nachdruck eingewirkt worden, daß das neue Beamtenrecht verbreitet wird.  
Die Sicherheit des Landes wird stark durch den Beschäftigungsgrad in der Industrie beeinflußt. Das Ministerium des Innern hat scharf durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten in den durch Arbeitlosigkeit heimgekehrten Gemeinden den Grad der Beschäftigung gehoben. Lohnkämpfe wurden wie fast durch die vermittelnde Tätigkeit der Kommission der Landesbehörde gemildert. Gegen Aufständische und Geheimorganisationsleiter entschiedener Widerstand gebraucht worden. Dadurch wurde das Schweben vor erstereinrichtungen beseitigt.  
Die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist in vollem Umfange gewährleistet worden. Kleinstliche polizeiliche Maßnahmen sind aufgehoben und die Polizeistunde ist verlängert worden. Die polizeiliche Bekämpfung des Konfliktmaterials ist gemildert worden. Die Einbürgerung von Ausländern, die nicht autfeimlich und arbeitserföndlich gerichtet war, darf nur noch nach sachlichen Erwägungen erfolgen; die Umstellung der Landespolizei erfolgte. Den Gemeinden ist vom Ministerium die größte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die Beschaffung neuer Wohnungen ist die größte Sorge des Ministeriums. Auch die übrigen Gebiete der Wohlfahrtspflege sind im Geiste des demokratischen Fortschritts ausgebaut worden.

### Verhandlungen mit den Beamten

**Keine Amtsbeziehungen?**  
Am Donnerstag haben im Reichsfinanzministerium neue Besprechungen zwischen Vertretern der Beamten und Arbeiter des Reiches und der Länder stattgefunden. Man hat sich diesmal zunächst mit den Arbeitsfragen befaßt, da zweifellos für die Staatsarbeiter in den besonders leuren Orten des Reiches eine entsprechende Notlage besteht. Das gilt in besonderem Maße vom Industriegebiet, aber auch vom bayerischen Gebiet. Es ist bemerkenswert, daß diese Verhandlungen scharfe Entwürfe der Beamten oder Arbeiterverbände hinsichtlich der Gehaltsregelung nicht zugrunde liegen. Es sollen jedoch bei den folgenden Verhandlungen nicht nur Gehaltsfragen erörtert werden, sondern man will sich auch über die Amtsbeziehungen unterhalten. Die Regierung möchte Aenderungen in den Amtsbeziehungen auf dem Verwaltungsweg nicht vornehmen. Diese müßten vielmehr der Gesetzgebung vorbehalten bleiben, die man aber im Augenblick der parlamentarischen Ferien nicht in Anbetracht nehmen kann. Sehr ausführlich wurde auch die Frage der künftigen Laufbahn der Beamten erörtert werden. Hier hat jüngst der Beamtensausgleich des Reichstages allgemeine gültige Grundzüge beizubringen. Die Ausstellung der Grundzüge für die Laufbahn der Beamten soll nach Vereinbarung mit den Beamtensorganisationen erfolgen, und dem Reichstag soll das Recht der Nachprüfung zustehen.

### Die Entwaffnung Deutschlands

Berlin, 5. 1. Der Telegraphen-Union wird von zuständigen Stelle eine Zusammenkunft der von der Reichs-Treuehand-Gesellschaft auf Grund des Wilmans und der Entwaffnungsnotiz zur Fortsetzung ihrer bisherigen Beständen an Waffen und Munition und Kriegsmaterial nach dem Stande vom 15. November 1921 gegeben.  
Waffen sind zerstört worden:  
548 Geschütze, 546 Geschützrohre, 978 Paffetten, 2965143 Stück Artilleriemunition und Minen, 2221197 Stück Zünder für Artilleriemunition, 3950661 Kilogramm Pulver und Sprengstoffe, 1177 Minen- und Handgranatenwerfer, darunter 334 Signalwerfer, 9902 Maschinengewehre, 415512 Gewehre und Karabinen und Pantengewehre, 27242 Revolver und Pistolen, 246482

### Der Dollar wieder über 200

**Verständigung des Goldstandes der Reichsbank?**  
Die ausländischen Zahlungsmittel, die schon in den letzten Tagen häufig anstiegen, sind am Donnerstag in etwas ruhigerem Tempo gestiegen. Schon am Morgen lag der Dollar, der am Abend des Vortages noch auf 198 bis 199 gekommen war, fest mit 200 Prozent ein und ging unter Schwankungen vorübergehend bis auf 203. Ursache für diese Steigerung sind nicht nur ungünstige Meldungen aus Cannes, sondern vor allem Gerüchte darüber, daß die Verständigung eines Teiles des Goldstandes unterer Reichsbank doch Tatsache werden soll. Man glaubt auch broachten zu können, daß die Reichsbank Devisen aufkaufen zur Zahlung der 15. Januar-Rate, deren Leistung scheinbar doch unmöglich ist.

### Sächsische Innenpolitik

**Die Werrung des Ministeriums des Innern.**  
Die sächsische Innenpolitik des verflochtenen Jahres war nach einer Bilanz des Ministeriums des Innern auf die Festigung der demokratischen Staatsverfassung eingeleitet. Es ist Aufgabe der Verfassung der Gemeinden mit der Staatsverfassung in Einklang zu bringen, d. h. an Stelle des noch bestehenden „autokratischen Prinzips“ auch in der Gemeinde das demokratische Prinzip durchzuführen. Diese Aufgabe soll durch die Gemeindeordnung gelöst werden, die bereits seit Jahren im Entwurf vorliegt, und die nunmehr dem Sachverständigenrat zur Begutachtung vorgelegt werden soll. Es ist zu hoffen, daß dieser Entwurf bereits im Februar an den Landtag gehen wird.  
Seine Tendenz geht dahin, die Selbstverwaltung der Gemeinden in einem Geiz dezent auszubilden, wie es nur die Erihaltung des geschlossenen Staates zuläßt. Das Einkammerssystem ist durchzuführen; durch Bildung von Gemeindegemeinden soll die untere Verwaltungsbehörde auf Grundlage der Selbstverwaltung neu aufgearbeitet werden, wodurch die Amtshauptmannschaften eventuell überflüssig werden oder der Bezirksverband kommunalisiert wird.

### Die sächsischen Handelskammern zur Politisierung der Gewerbeaufsicht

Auf der letzten Zusammenkunft ihrer Vorsitzenden und Syndik haben die sächsischen Handelskammern zur Frage der Besetzung leitender Stellen der Gewerbeaufsicht mit Gewerkschaftsbeamten und zu dem dazu unter dem 12. Oktober 1921 vom Arbeitsministerium erlassenen Verordnungen Stellung genommen. Volle Einmütigkeit herrscht darüber, daß sowohl gegen den Inhalt der neuen Richtlinien als auch gegen die Form ihres Erlasses nachdrücklich Einspruch zu erheben ist. Nachdem erst kurz vorher seitens des

### Abholung der Steuerbücher betreffend

**Abholung der Steuerbücher betreffend**  
Sonnabend den 7. Januar 1922 vormittags 8-12 Uhr erfolgt im Sparkassengebäude (1. Treppe) die Verteilung der neuen Steuerbücher an die in folgenden Straßen wohnenden Arbeitnehmer:  
Altenpfeifer Straße, Postgasse 4, Hermanns Straße, Am Damm 1, Fabrik-, Friedhof-, Friedrich- und Hofe Straße.  
Ein Ausweis ist zunächst vorzulegen. Das Steuerbuch ist dem Arbeitgeber sofort auszuhandigen.  
Frankenberg, am 6. Januar 1922  
Der Stadtrat.

### Politische Nachrichten

**Die Nachprüfung der Reichsgerichtsstelle.**  
Auf keiner letzten Sitzung im August 1921 hat der Oberste Rat beschlossen, eine Kommission zu ernennen, die über die reichsgerichtlichen Entscheidungen gegen die Reichsgerichtspräsidenten Gutachten abgeben soll. Diese Kommission ist jetzt eingeleitet worden. Ihre Mitglieder sind: Justizminister Bonnenhoff, Generalanwalt beim Kassationshof Mayer, der als Beauftragter Frankreichs der Verhandlung gegen General Sauerer beigewohnt hat, Sir Alfred Wood und der Reichsgerichtspräsident für Italien und Servus und van Ertel für Belgien. Die Kommission wird am Freitag ihre erste Sitzung am Quai d'Oran abhalten.  
**Die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern,** die am Dienstag mittag in der Reichskanzlei stattgefunden haben, bezogen sich nicht in erster Linie auf Steuerfragen oder ein Steuerkompromiß. Erst nach Erledigung des Hauptpunktes hat der Reichskanzler mehr nebenher davon gesprochen, daß aus inner- und außenpolitischen Gründen die baldige und glatte Erledigung der Steuerfrage nach dem Wiederzusammenschluß des Reichsausschusses wichtigste Aufgabe sei. In diesem Zusammenhang hat er die Parteiführer des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten gebeten, in ihren Fraktionen für die baldige Erledigung zu wirken. Es ist daher unrichtig, wenn gemeldet wird, daß der Besuch des Reichskanzlers, ein Steuerkompromiß zustande zu bringen, am Parteigoismus der erschienenen Führer gescheitert sei.  
**Die Danziger Frage in Genf.** Der Danziger Senatspräsident Sahm bezieht sich zu den Verhandlungen des Völkerbundes in Genf, um die dort auf der Tagesordnung stehenden Danziger Fragen zu verhandeln. Auch der englische Oberkommissar General Halling wird in Genf sein. Sowohl Danzig als auch Polen haben gegen verschiedene Entscheidungen des Völkerbundes eingelegt. So hat Danzig gegen die